

wusstsein von der Gerechtigkeit der Strafe wirkte, immer noch die Furcht vor einer ungerechten Strafe von einem Angriff gegen die Urkunde abhalten mochte. Als besondere Verstärkung der Aussicht auf Realisirung betrachtet Sjögren (S. 143 ff.) mit Recht die in den fränkischen Klauseln häufig vorkommende Zuweisung eines Theiles der Busse an den Fiscus, worin eine „Vergütung der Gesamtheit bezw. des Richters für den den zweifelhaften Rechtsgebilden der Privatdisposition gegebenen Rechtsschutz“ gelegen habe. —

Das vorliegende Buch verdient unsere volle Anerkennung. Es hat — wobei ich hauptsächlich den zweiten, germanistischen Theil ins Auge fasse — zur weiteren Aufhellung einer Erscheinung von grosser rechts-historischer Tragweite in tiefdringender Untersuchung ein gutes Theil beigetragen.

Breslau, October 1896.

Alfred Schultze.

Dr. A. Halban, Zur Geschichte des deutschen Rechtes in Podolien, Wolhynien und der Ukraine. Berlin 1896. 8°. XII und 136 S.

Unzweifelhaft würde das Verständniss mancher deutsch-rechtlichen Einrichtungen gewinnen, wenn man auch über die Rolle derselben im Auslande, über ihre Resistenzkraft fremden Rechtseinflüssen gegenüber, sowie über ihre eigene Fortentwicklung auf fremdem Boden informiert wäre.

Das deutsche Recht in der Fremde, von den Germanisten wenig behandelt (Bischoff, Frensdorff, Bobrzynski), ist zum Theil Gegenstand der Rechtsgeschichte der betreffenden Länder; dieselbe befasst sich aber damit nur, insofern das deutsche Recht die Entwicklung dieser Länder beeinflusste. Kein Romanist wäre wohl damit einverstanden, wenn die Geschichte des römischen Rechtes in Deutschland nur dem unmittelbaren Interesse des Germanisten dienen würde und ebenso sollte sich der Germanist nicht damit begnügen, dass die Geschichte des deutschen Rechtes ausserhalb Deutschlands nur den Bedürfnissen der Rechtsgeschichte der betreffenden Länder gemäss bearbeitet werde.

Bekanntlich fehlt es bis jetzt an einer genauen Zusammenstellung aller ausserdeutschen Gebiete, in denen deutsches Recht in grösserem oder geringerem Umfange gegolten hat; desto mehr fehlt es an einer Uebersetzung der einschlägigen Rechtsquellen und des in Betracht kommenden Materials.

Verf. hat es versucht, auf Grund der Acten des Centralarchivs in Kiew und der nicht zu unterschätzenden russischen Litteratur die Bedeutung des deutschen Rechtes in den Ländern, aus denen die Acten

dieses Archivs¹⁾ stammen, nämlich in Podolien, Wolhynien und der Ukraine, darzustellen.

Zunächst war die Bedeutung des deutschen Rechtes in diesen von deutscher Colonisation nicht berührten Ländern historisch zu entwickeln und Verf. war bemüht darzulegen, dass das deutsche Stadtrecht weder auf Germanisirung (denn deutsche Bevölkerung fehlt), noch auf Polonisirung (denn es wird unter russischer Herrschaft weiter verbreitet) zurückzuführen ist; seine Einführung, Verbreitung und Aufrechterhaltung beruht also offenbar auf seinen juristischen, nationalökonomischen und politischen Vorzügen.

Sodann sind die Rechtsquellen dieses Gebietes kurz besprochen worden, wobei hervorzuheben war, dass die aus Polen importirten und nicht in allen Städten verbreiteten Quellen durch die Ortspraxis abgeändert und mit dem litthauischen Landrechte in Verbindung gesetzt wurden, — und dass eine Reihe von Umständen weitgehende Umwandlungen des deutschen Rechtes zur Folge hatte. Die Praxis erscheint demnach als wichtigste Rechtsquelle.

Auf Grund der Actenbücher erörtert Verf. sodann die Principien der Actenföhrung, die Anwendung und Citirung der Rechtsquellen, die Grenzen der städtischen Jurisdiction, die Thätigkeit der Vogtei und des Rathes, sowie specieller Gerichte und die Grundzüge des Verfahrens, namentlich den Instanzenzug.

Verf. gelangt zur Ueberzeugung, dass die Forschungen auf dem Gebiete der Geschichte des deutschen Rechtes ausserhalb Deutschlands in folgenden Hauptrichtungen zu föhren wären:

1. wäre es nothwendig, sämmtliche Urkunden, auf denen die Einführung des deutschen Rechtes in verschiedenen Ortschaften beruhte, zu sammeln, eventuell vorhandene Sammlungen zu ergänzen, das gesammte Material geographisch und für einzelne Gebiete chronologisch zu ordnen;

2. die Informationen über die ausserhalb Deutschlands verwendeten deutschrechtlichen Quellen wären zu ergänzen, die einzelnen Rechtsquellen aber mit ihren deutschen Mustern zu vergleichen, und alles unter fremdem Einflusse Entstandene speciell zu prüfen;

3. die Praxis wäre für alle Ortschaften separat zu studiren, weil die Unterschiede ziemlich relevant sind;

4. die Beziehungen des deutschen Rechtes zum einheimischen Rechte müssten, und zwar ebenfalls zumeist auf Grund der Praxis, ins rechte Licht gerückt werden.

Der Lösung dieser Fragen müsste aber eine Zusammenstellung aller ausserdeutschen Gebiete, in denen deutsches Recht gegolten hat, vorangehen, sowie auch eine Uebersicht des einschlägigen Materials. Für die zunächst vom Verf. ins Auge gefassten Gebiete sind neben dem

¹⁾ Das Centralarchiv in Kiew enthält gegen 500 Actenbücher städtischer Behörden, aus 25 nach deutschem Rechte organisirten Städten der genannten Gebiete. Die Acten gehen zurück bis 1520 und reichen bis 1800.

Kiewer noch die Archive von Charkow, Moskau und Petersburg, für die zunächst sich anschliessenden litthauischen Gebiete aber die Archive von Wilna und Witebsk wichtig und eine Bereisung derselben erscheint in hohem Grade erwünscht.

Czernowitz, im September 1896.

v. Halban.

Immerwahr, Walter, Die Verschweigung im deutschen Recht.

Von der Berliner Fakultät gekrönte Preisschrift. (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke, 48. Heft.) Breslau, W. Koebner 1895. 53 S. gr. 8.

Der Verfasser charakterisirt die Verschweigung als „eine Art des Eigenthumserwerbes durch Zeitablauf nach einem vorangegangenen Aufgebotsverfahren“ und entrollt ein Bild von dem Werdegang des Instituts (I), seiner Ausgestaltung in der Zeit der Rechtsbücher (II und III) und seiner Bedeutung für das heutige Recht (IV). Ausgehend von dem durch Sohm und Brunner sichergestellten Zusammenhang zwischen *missio in bannum regis* und Verschweigung nimmt er an, dass bereits zu Anfang des 9. Jahrhunderts im fränkischen Recht nicht nur die *executorische*, sondern auch die freiwillige Uebereignung von Immobilien „mit einem in Gestalt des Bannes gekleideten Aufgebotsverfahren“ verbunden ist, „welches spätestens nach Jahr und Tag alle Widerspruchsberechtigten sich verschweigen lässt“, und zwar folgert er (S. 5) ein so frühes Vorkommen des Aufgebots-Friedebannes, der bisher für Deutschland frühestens im Anfang des 11. Jahrhunderts dargethan werden konnte, aus dem *Capitulare (Italicum) Hlotharii* von 825 c. 11 (Bor. I, 331). Das fränkische Institut verbreitet sich dann über ganz Deutschland unverändert, und nur in Sachsen schwächt sich die Wirkung des Bannes dahin ab, dass bei Fronung zu Gunsten der Erben des *Executions*-schuldners noch eine zweite Frist von Jahr und Tag hinter der ersten läuft, und dass andererseits die Verschweigung auf Grund der Auflassung hier bekanntlich dem Erwerber nicht ein *Antwortsverweigerungsrecht*, sondern nur die Befugniss gewährt, die Klage ohne Stellung des *Auctors* mit *Eineid* zurückzuweisen. Als „Trübungen“ betrachtet der Verfasser die bisweilen hervortretende Combination der Frist von Jahr und Tag mit der dreissigjährigen römischen Frist, sowie den Satz „die Luft macht frei bezw. eigen“ (S. 6—13). — In dieser historischen Skizze ist die Annahme eines Bannes als Voraussetzung der Verschweigung in *Cap. Hloth. v. 825 c. 11* nicht haltbar; wenn auch für das altlombardische Recht bereits seit Ende des 9. Jhdt's. in verwandter Anwendung ein Aufgebotsverfahren mit Bann nachweisbar ist, so ist doch in dem *Cap. cit.* ein Bann nicht erwähnt, unter *traditio* ist vielmehr nur die *investitura per cartulam* zu verstehen, als weitere Verschweigungsvoraussetzung ist lediglich die Kenntniss des Ersterwerbers von dem zweiten Geschäft (v. „*cognito negotio*“)